

Fellbach, den 21.12.2012

## **S21 – Weiterbau ist nicht mehr legitimiert!**

Wir, Grüne aus Fellbach, respektierten das Ergebnis der Volksabstimmung im November 2011, einen Tiefbahnhof mit erhöhter Kapazität und kürzeren Fahrtzeiten für max 4,5 Mrd € bauen zu lassen, auch wenn wir ein anderes Konzept für zukunftsfähiger und preiswerter hielten.

### **Die Volksabstimmung gilt – aber nicht für diese Situation!**

Uns stellt sich jetzt die Frage, ob es für die Zukunft in Stuttgart verantwortbar sein kann, einen Bahnhof zu haben, der weniger kann und mehr kostet, als von der Bahn bisher behauptet? Das, was wir schon lange wussten, ist jetzt amtlich: die von der Bahn immer zugesagten Kostengrenzen können nicht eingehalten werden. Auch weitere Behauptungen der Projektbetreiber, wie einmalige Stadtentwicklungsmöglichkeiten, Barrierefreiheit, Leistungsfähigkeit, Umweltschutz u.v.m. entpuppen sich bei näherem Hinsehen als nicht belegt.

Wir halten einen Weiterbau in dieser Situation nicht für bedingungslos legitimiert, denn sowohl die Finanzierungsverträge von 2009, als auch die Volksabstimmung von 2011 basierten auf einer konkreten Leistungs- und Preiszusage. Wenn die Leistung nicht stimmt und der Preis explodiert – was für Gründe für einen Weiterbau bleiben denn noch?

### **Die Volksabstimmung kann nicht alleiniger Grund für ein Milliarden schweres Infrastrukturprojekt sein!**

Die Bahn AG will zwar Mehrkosten übernehmen. Trotzdem fallen diese Mehrkosten auf uns als Steuerzahler und Bahnreisende zurück! Beispiele aus jüngster Zeit gibt es genug. Deswegen lassen wir uns auch nicht auf die Diskussion ein, ob eine normgerechte Flughafenanbindung oder Brandschutzmaßnahmen im Tiefbahnhof als *selbstverständlicher Standard* oder als *Extras gegen Aufpreis* anzusehen sind. Bevor die Bahn AG überhaupt genehmigungsfähige und durchfinanzierte Pläne vorlegt, ist diese Diskussion nicht zielführend.

### **Wir - Steuerzahler und Reisende – tragen die Kosten!**

Wir wollen nicht verantworten, dass Milliarden Euro – egal ob aus der Landes-, Bahn- oder Bundeskasse - für den Rückbau der Infrastruktur ausgegeben werden. Und wir wollen deshalb auch keine jahrzehntelange Behinderung des Schienen- und Straßenverkehrs hinnehmen.

## **Wer ist am Zug?**

Die Bahn AG ist Bauherr! Also kann nur die Bahn dieses unverantwortbare kostenverschleudernde, schon vor Jahren totgesagte und auf Druck des MP Oettinger (CDU) wiederaufgenommene Projekt abbrechen. Die Bahnmanager müssen erkennen, dass das Risiko des Projekts steigt und die möglichen Profite dahinschmelzen. Wir sehen ein, dass die Verantwortlichen der Bahn auch die Kosten und Risiken eines Projektabbruchs einkalkulieren müssen.

## **Wie soll es weitergehen?**

**Wir rufen die Bahn auf, KEINE weiteren Fakten zu schaffen, die den Ausstieg verteuern und den – immer noch funktionierenden Bahnknoten Stuttgart weiter in seiner Funktion einschränken, denn ein Rückbau von Infrastruktur und eine Verschuldung der Bahn dienen niemandem.**

**Wir rufen die Regierung von Baden-Württemberg auf, in den Dialog mit der Bahn zu gehen, um über eine für beide Seiten attraktive Ausstiegsmöglichkeit zu verhandeln. Ebenso rufen wir die Regierung auf, von jeglicher Bereitschaft zu einer etwaigen Mehrkostenübernahme durch das Land heute wie in Zukunft abzusehen. Der versprochene Kostendeckel muss eingehalten werden.**

**Wir rufen die Stadt Stuttgart auf, die Grundstückskäufe mit der Bahn rückabzuwickeln, denn die versprochenen Möglichkeiten der Stadtentwicklung auf diesen Grundstücken sind unwahrscheinlicher denn je, ebenso wie die ursprünglich einkalkulieren Spekulationsgewinne.**

Wir wünschen uns einen Neuanfang in den Beziehungen mit der Bahn AG, auf Basis von Vertrauen und gemeinsamen Interessen, im Sinne einer nachhaltigen Verkehrspolitik für die Region Stuttgart und für das ganze Land.

*Brigitte Seiz  
Agata Ilmurzynska  
Tadeusz Rzedkowski  
u.a.*